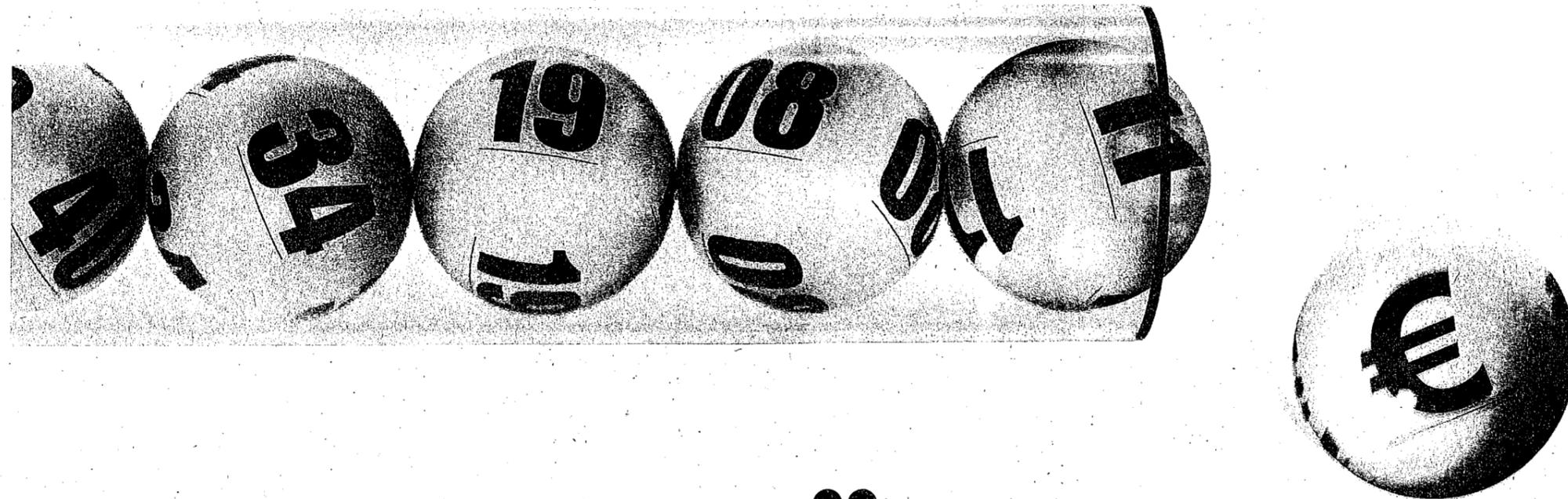


FINANZEN & WOHNEN



WELT AM SONNTAG | NR. 19 | 8. MAI 2016 | SEITE 41



Ohne **GEWÄHR**

Die staatlichen Lotto-Anbieter betonen häufig, dass ein großer Teil der Einnahmen sozialen Zwecken zugutekommt. In Wirklichkeit fließt viel Geld in die eigenen Taschen. Auch Politiker greifen gern zu

Ohne Gewähr

FORTSETZUNG VON SEITE 41

Auch angesichts solcher Privilegien konstatiert Wolfgang Kubicki, Bundesvize der FDP: „Es gibt immer noch Geschäftsführer von Lotteriegesellschaften, die wie kleine Sonnenkönige auftreten, und es gibt auch genug Landesregierungen, die die Lottomittel als eine Art Schattenhaushalt betrachten.“

Es ist ja auch verführerisch: Zuletzt gab der DLTB jährlich etwa 2,8 Milliarden Euro an den Staat ab. 16,6 Prozent fließen per Lotteriesteuer in die Landeshaushalte; 20 bis 22 Prozent werden als Fördermittel direkt in Sport-, Kunst- und Kulturprojekte investiert – und das weckt Begehrlichkeiten. Zwar hat jedes Bundesland eigene Regularien für die Verteilung der Gelder – doch diese eröffnen Spielraum, der teils kreativ genutzt wird. „In Wahljahren

gehört es schon fast dazu, dass die Senatoren ein Projekt ihrer Wahl begünstigen dürfen“, kritisiert etwa Sabine Bangert von den Berliner Grünen.

Eine andere Abgeordnete, die inzwischen aus dem Amt geschieden ist, berichtet, dass sie immer wieder die Willkür bei der Verteilung der Lottomillionen offen kritisiert und sich „damit nicht viele Freunde gemacht“ habe. Zur Amtszeit des vorhergehenden Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) etwa hätten auffällig häufig Projekte das Rennen um Fördermittel gemacht, die Homosexuellen und HIV-Infizierten zugutekamen. Beim Vergleich der Listen 2014 und 2015 ist zumindest eine leichte Tendenz nicht abzustreiten: In Wowereits letztem Amtsjahr (2014) wurden 2,23 Millionen Euro ausgeben, darunter fast 180.000 Euro Zuschuss für ein Denkmal für die erste ho-

mosexuelle Emanzipationsbewegung sowie 1,7 Millionen für eine Betreuungseinrichtung für an HIV oder Hepatitis C erkrankte Menschen. Ein Jahr später, als Michael Müller (SPD) ins Rote Rathaus eingezogen war, lag die für solche Projekte lockergemachte Summe nur noch bei 474.000 Euro. Bestimmt sind die Gelder gut angelegt. Doch die Auswahl der Projekte gibt eine Ahnung davon, dass bei der Verteilung der Lottogelder mitunter persönliche oder politische Interessen der Verantwortlichen ausschlaggebend sein können.

Erst im April hatte die Antwort auf eine kleine Anfrage der Piraten in dieser Hinsicht Interessantes zutage gefördert: Der Auskunft zufolge haben parteinahe Stiftungen seit 2006 Zuwendungen in Höhe von 27,5 Millionen Euro von der Deutschen Klassenlotterie Berlin (DKLB) erhalten. Für Bangert ist

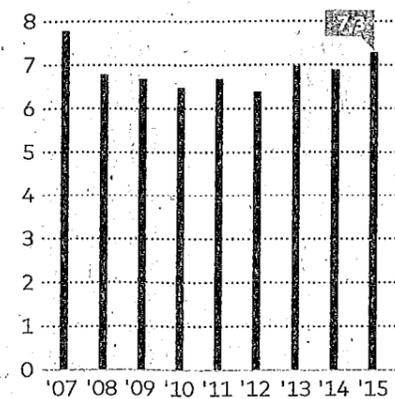
dies nur ein weiterer Beweis dafür, dass die Jury der Lotto-Stiftung, die letztendlich über die Bewilligung der Gelder entscheidet, „nicht mehr politisch, sondern dringend mit unabhängigen Experten besetzt werden muss“.

Wie groß die Nähe zwischen Politik und Lotteriegesellschaften mitunter ist, zeigen nicht zuletzt die Spitzenpersonalien. Häufig kommen Ex-Politiker bei Lotto unter. Marion Caspers-Merk (SPD) etwa, die seit 2013 in Baden-Württemberg die Geschicke lenkt, war zuvor Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium. Lotto Brandenburg wird unter anderem von Horst Mentrup (SPD) geleitet, vormals jahrelang im Finanzministerium von Brandenburg. Sein Kollege in Rheinland-Pfalz, Jürgen Häfner (SPD), war zuvor Staatssekretär im Innenministerium.

Während die einen darin vor allem Versorgungsposten für alt gediente Po-

Milliardenspiel

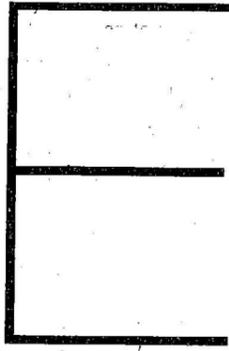
Umsatz des Deutschen Lotto- und Toto-Blocks, in Milliarden Euro



Quelle: Dt. Lotto- und Totoblock/Statista

litpromis sehen, betrachten andere diese Personalpolitik als Baustein einer Art Lotto-Kartell, dem es vor allem um eines geht: Machterhalt. Einer der jüngeren Schachzüge des DLTB passt für Kritiker ins Bild: Als man 2013 eine Repräsentanz in der Hauptstadt eröffnete, holte man abermals zwei erfahrene Politiker als Berater an Bord – Martin Stadelmaier (SPD), Ex-Staatskanzleichef in Rheinland-Pfalz, sowie die Consulting-Firma von Hamburgs Ex-Bürgermeister Ole von Beust (CDU).

Torsten Meinberg, Chef von Hamburg Lotto und derzeit federführend im DLTB, will von einem Geschmäcke nichts wissen: „In der deutschen Glücksspielordnung ist derzeit viel in Bewegung“, sagt er. „Umso mehr brauchen wir gute Leute, die gute Kontakte mitbringen und etwas von der Materie verstehen.“



Einen schöneren Einstieg ins neue Amt hätten sich Michael Heinrich und Tors-ten Meinberg nicht wünschen können: Gerade erst hatten die Geschäftsführer von Lotto Hamburg die Federführung im Deutschen Lotto- und Totoblock (DLTB), der Vereinigung der Lotteriegesellschaften der Bundesländer, übernommen, da durften sie als eine der ersten Amtshandlungen eine überraschend ansehnliche Bilanz des vorigen Ge-

VON ILEANA GRABITZ
UND ANNELIE NAUMANN

schäftsjahres verkünden. „Die Spielteilnahmen und damit auch die Spieleinsätze sind im Vergleich zum Vorjahr um über vier Prozent angestiegen“, ließen die beiden Männer erfreut mitteilen. Üppige 7,3 Milliarden Euro hätten die 16 Lotteriegesellschaften 2015 eingespielt.

Mit anderen Worten: Die Jahrhunderte währende Liebe der Deutschen zum Lotto lebt, zumal die Hoffnung auf den großen Wurf nach dem Zinsverfall für viele der letzte Strohalm ist, doch mal reich zu werden. Zwar hat es das traditionelle Glücksspiel schwerer als früher – vor allem junge Leute wandern zunehmend ins Internet ab, wo zahlreiche und bisweilen illegale Anbieter sie mit der Aussicht auf das schnelle Geld ködern. Meinberg, einer der beiden Geschäftsführer von Lotto Hamburg, ist dennoch überzeugt, dass der DLTB der Konkurrenz auch auf Dauer wird trotzen können. „Lotto ist das sozialste Glücksspiel überhaupt“, sagt er. „Das wissen die Leute zu schätzen.“

Zurecht verweisen die Lottofunktionäre gern darauf, dass 90 Prozent ihrer Einnahmen an die Gesellschaft zurückfließen: Etwa die Hälfte geht an die Gewinner. Der Rest landet entweder in Form von Lotteriesteuern in den Landeshaushalten oder wird direkt in gemeinnützige Projekte in Gesellschaft, Sport und Kultur investiert.

Worüber die Veranstalter dagegen ungern sprechen, ist, dass im Schatten des staatlich geschützten Lotto-Mono-

pols mancherorts auch eine Art Selbstbedienungsladen entstanden ist: Für Ausrichter wie für Politik ist Lotto ein lukratives Geschäft, bei dem Gelder und Posten teils nach Gutsherrenart verteilt werden. „Weil die Landespolitik, die das Treiben der Landeslotteriegesellschaften kontrollieren soll, selbst Hauptprofiteur der Glücksspielabgaben ist und deren Monopolrente vereinnahmt, hat sie kein Interesse an besserer Regulierung und wirksamer Aufsicht über den Lottoblock“, sagt Dirk Uwer von der Anwaltskanzlei Hengeler Mueller.

Allein die Tatsache, dass sich die Rechnungshöfe der Länder immer wieder mit den Lotteriegesellschaften beschäftigen, ist ein Indiz dafür, dass es hier nicht immer so im Sinne des Gemeinwohls läuft, wie man erwarten sollte: Wie eine Umfrage der „Welt am Sonntag“ unter den Behörden ergab, wurden seit 2000 zehn von 16 Gesellschaften geprüft – mit unterschiedlichen Stoßrichtungen: In Sachsen etwa beanstandete man 2012, der Freistaat werde durch den mit fast 20 Millionen Euro finanzierten Ausbau des Geschäfts seinem Ziel, die Spielsucht einzudämmen, nicht gerecht. In Berlin wurden 2015 hohe Gehälter der Geschäftsführer moniert. In Niedersachsen wurde im selben Jahr kritisiert, das Land kontrolliere die Verwendung der Fördermittel zu wenig.

Einen besonders eindrucksvollen Einblick in den Irrwuchs im Schatten des Monopols lieferte der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) 2007: Er beanstandete, dass die Vergütung der für den Vertrieb zuständigen Bezirksstellen weit über dem Durchschnitt des DLTB lägen. De facto sind diese Jobs mit Einkünften gesegnet, von denen selbst mancher Topmanager nur träumen kann: Laut Bericht wurden den 32 Bezirksstellenleitern 2006 von der Staatlichen Lotterieverwaltung insgesamt 15,5 Millionen Euro gezahlt – womit die durchschnittliche Vergütung je Bezirksstelle bei stattlichen 500.000 Euro lag. Nicht von ungefähr also forderte der Rechnungshof „eine Überprüfung der Kosten der Vertriebsorganisation sowie der Vertriebsstruktur“ – was allerdings nahezu folgenlos blieb. Fünf Jahre nach seiner Intervention bilanzierte man deren Erfolg im Abschlussbericht denn auch verhalten: „Das Staatsministerium lehnt die

Vorschläge des ORH ab, ohne Zahlen oder sonstige Daten zu nennen.“

Vier Jahre sind seither ins Land gezogen, für die Bezirksstellenleiter hat sich die monetäre Lage indes bezeichnenderweise eher verbessert als verschlechtert: Zwar wurde ihre Zahl inzwischen von 32 auf 24 reduziert – bezahlt wird aber noch immer üppig. Wie die Staatliche Lotterieverwaltung auf Anfrage der „Welt am Sonntag“ mitteilte, schüttete man 2014 insgesamt 14,4 Millionen Euro an damals 26 Bezirksstellen aus – womit auf jede einzelne im Schnitt sogar 550.000 Euro entfielen. Bei Lotto Bayern heißt es dazu, man sei der Kritik des Rechnungshofes durch „die Reduzierung der Bezirksstellen, aber auch mit einem neuen degressiven Provisionsmodell“ nachgekommen. Beim Bayerischen Rechnungshof jedoch scheint man davon nicht ganz überzeugt zu sein: „Aufsattelnd auf der bekannten Thematik“ prüfe man die Lotterieverwaltung derzeit erneut, heißt es dort.

Traumgehälter sind in der Lotto-Welt dabei kein Ausnahmephänomen: In Niedersachsen etwa verschaffte der langjährige Lotto-Chef Rolf Stypmann der Öffentlichkeit eine Ahnung davon, was

man im Dienst des Gemeinwohls verdienen kann, indem er nach seinem Ausscheiden 70.000 Euro rückwirkend für 2013 geltend machte – was sich allein auf die erfolgsabhängige Prämie bezog. Wie die Umfrage unter den 16 Landesgesellschaften ergab, sind variable Tantiemen zwar eher die Ausnahme – stattdessen wird aber vielerorts: Mit je rund

110.000 Euro Jahresgehalt gehörten die Hamburger Lotto-Chefs 2014 zu den Geringverdienern an der Spitze der Lotteriegesellschaften. Das Berliner Führungsduo verdiente je rund 190.000 und rund 196.000 Euro. In NRW dagegen wurde der jüngst ausgeschiedene Lotto-Chef Theo Goßner 2015 sogar mit 323.000 Euro für seine Dienste belohnt und verdiente damit mehr als die Kanzlerin. Viele der Spitzenfunktionäre verfügen über einen Dienstwagen. Und ausgerechnet im kleinen Saarland, wo gleich zwei Funktionäre die Geschäfte führen und dafür zuletzt jeweils rund 141.000 Euro Jahresgehalt bekamen, leistet man sich für die Dienstwagen der Chefs sogar je einen eigenen Chauffeur.



LOTTO-CHEFS TRETEN AUF WIE SONNENKÖNIGE

WOLFGANG KUBICKI,
stellv. FDP-Bundesvorsitzender